

Kleine Anfrage

des Abg. Tobias Wald CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

**Rechtsradikale und linksradikale Aktivitäten im Wahlkreis 33
(Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt)**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Anhaltspunkte liegen ihr vor, dass im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt) Aktivitäten rechtsradikaler und linksradikaler Organisationen oder Personen stattfinden?
2. Wie wertet sie diese Aktivitäten im rechtsradikalen bzw. linksradikalen Umfeld?
3. Liegen ihr Anhaltspunkte dafür vor, dass die Aktivitäten der rechtsradikalen/linksradikalen-Szene im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt) höher sind als im übrigen Land?
4. Wie ist die Situation im Allgemeinen in beiden Szenen zu werten bzw. welche Tendenzen sind auszumachen?
5. Welche Maßnahmen werden seitens der Behörden unternommen, um in der rechtsradikalen bzw. linksradikalen Szene im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt) und Umgebung zu ermitteln bzw. präventiv tätig zu werden?

17.01.2014

Wald CDU

Antwort

Mit Schreiben vom 10. Februar 2014 Nr. 4-1086/160 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche Anhaltspunkte liegen ihr vor, dass im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt) Aktivitäten rechtsradikaler und linksradikaler Organisationen oder Personen stattfinden?

Zu 1.:

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich jeweils auf den Zeitraum von 2009 bis heute.

Im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt) traten nach Kenntnis des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) und der Polizei Baden-Württemberg zuletzt die „NS Rastatt“ (ehemals: „Kameradschaft Rastatt“) und die „Freien Kräfte Karlsruhe“ (alias: „karlsruher//netzwerk“) als rechtsextremistische Gruppierungen öffentlichkeitswirksam in Erscheinung:

In Rheinmünster-Söllingen (Landkreis Rastatt) wurde Anfang des Jahres 2010 die Gaststätte „Zum Rössle“ von einem Angehörigen der rechtsextremistischen Szene angemietet. Dort fanden im Jahr 2010 zehn und im Jahr 2011 sechs rechtsextremistische Musikveranstaltungen statt. Nach dem Ende des Mietverhältnisses stand die Gaststätte der rechtsextremistischen Szene zunächst nicht mehr für Veranstaltungen zur Verfügung. Am 22. Juni 2013 fand dort jedoch erneut ein rechtsextremistisches Skinheadkonzert mit rund 120 Teilnehmern statt. Im Laufe des Jahres 2013 wurden in der Gaststätte insgesamt fünf Konzerte durchgeführt. Zum 1. Januar 2014 wurden die Räumlichkeiten der Gaststätte „Zum Rössle“ vom Landkreis Rastatt angemietet. Aufgrund des für zunächst zwei Jahre geltenden Mietvertrags kann die Durchführung rechtsextremistischer Veranstaltungen in nächster Zeit ausgeschlossen werden.

Für den 30. Januar 2014 wurde von einem Aktivisten des „karlsruher//netzwerks“ eine Mahnwache in Baden-Baden unter dem Motto „19.33 Uhr bis 19.45 Uhr, symbolische 12 Minuten der Freiheit“ angemeldet. Diese Demonstration wurde jedoch von der Stadt Baden-Baden verboten und fand nicht statt. Dagegen wurde eine angemeldete Gegenkundgebung des bürgerlichen Aktionsbündnisses „Bunt statt Braun“ mit rund 1.000 Teilnehmern sowie eine Spontanversammlung mit 250 überwiegend der linksextremistischen Szene angehörigen Personen abgehalten.

Im Wahlkreis 33 existiert keine selbständige Untergliederung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Es ist aber davon auszugehen, dass dieser Bereich vom Regionalverband Karlsruhe/Mittelbaden „mitbetreut“ wird. Zuletzt waren dort keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der Partei festzustellen. Die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), ist in der Region Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt strukturell nicht vertreten und entfaltet auch keine Aktivitäten.

Bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 erzielte die NPD im Wahlkreis 273 (Rastatt) 1,1 % der Erststimmen (2009: 1,7 %). Ihr Zweitstimmenanteil lag bei 1,0 % (2009: 1,2 %). Bei der baden-württembergischen Landtagswahl im Jahr 2011 erreichte die NPD im Wahlkreis 33 lediglich 0,9 %.

Der im August 2013 in Karlsruhe gegründete Landesverband Baden-Württemberg der Partei „DIE RECHTE“ kündigte am 22. Januar 2014 an, durch Karlsruhe, Ettlingen und Rastatt zu fahren, um Unterstützungsunterschriften für die Europawahl im Mai 2014 zu sammeln. Ob die Aktion tatsächlich durchgeführt wird, ist derzeit nicht bekannt. Kreisverbände der Partei existieren bislang in Pforzheim/Enzkreis und Karlsruhe.

Im Wahlkreis 33 konnten vom LfV und der Polizei Baden-Württemberg schwerpunktmäßig folgende Aktivitäten linksextremistischer gewaltbereiter Gruppen oder linksextremistischer Einzelpersonen festgestellt werden:

Anfang April 2009 fanden in Straßburg/Kehl aufgrund des NATO-Gipfels eine Vielzahl von Protestveranstaltungen statt, an denen auch linksextremistische

Gruppen beteiligt waren. Es ist davon auszugehen, dass sich unter anderem auch Gruppen aus dem Wahlkreis 33 daran beteiligt haben. Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den NATO-Gipfel kam es zu einer Vielzahl von politisch motivierten Straftaten.

Gegen die Nutzung der Gaststätte „Zum Rössle“ in Rheinmünster-Söllingen durch die rechtsextremistische Szene in den Jahren 2010, 2011 und 2013 mobilisierte sich auch in der Gemeinde Söllingen selbst Widerstand. Die linksextremistischen Gruppen griffen das Thema „Antifaschismus“ auf und nutzten es für ihre Zwecke. Neben Protestkundgebungen kam es zu Sachbeschädigungen an dem Gebäude und zu Drohungen gegenüber dem Betreiber der Gaststätte, die unter Pseudonym auf der zumeist von Linksextremisten genutzten Internetplattform „linksunten.indymedia“ erfolgten. Darüber hinaus wurde zu den Protesten auch von Gruppen aufgerufen, die selbst nicht aus der Region Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt stammen.

Am 23. Oktober 2010 rief die „Autonome Antifa Karlsruhe“, die sich allerdings im August 2013 aufgelöst hat, zu einer Demonstration in Söllingen auf, an der mehr als 400 Personen teilnahmen. Zu einer Sachbeschädigung der Gaststätte „Zum Rössle“ am 20. Mai 2011 bekannten sich auf „linksunten.indymedia“ unbekannte Täter unter dem Pseudonym „rfb“. Am 21. Mai 2011 kam es unter Beteiligung der linksextremistischen „Antifaschistischen Linke Bühl-Achern“ (ALBA) zu einer Spontandemonstration in Söllingen aufgrund eines rechtsextremistischen Konzertes in der Gaststätte.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt von Aktionen linksextremistischer Gruppen ist das Asylrecht. Im Gebiet des Wahlkreises 33 ist dies ein relevantes Thema, da sich der Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden dort befindet und von dort aus immer wieder Abschiebungen von ausreisepflichtigen Ausländern in ihre Heimatländer stattfinden. Die linksextremistischen Gruppen bzw. Organisationen, die sich mit der Thematik beschäftigen und auch zu Protesten am Flughafen selbst aufrufen, stammen aus Karlsruhe („Libertäre Gruppe Karlsruhe“, „AK Internationalismus“) und Mannheim („Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim“). Die letzte Aktion fand am 28. Mai 2013 durch das „Bündnis gegen Abschiebung“ aus Mannheim statt.

Im Bereich des Wahlkreises 33 kam es in Einzelfällen auch zu sog. „Outing-Aktionen“ gegen vermeintliche Rechtsextremisten. Diese „Outing-Aktionen“ wurden jedoch von der gewaltorientierten linksextremistischen „Autonomen Antifa Freiburg“ durchgeführt.

Die linksextremistische Szene ist im Bereich des Wahlkreises 33 auch durch die noch im Aufbau befindliche Gruppierung „antifaschistische Aktion Rastatt/Baden-Baden“ vertreten. Die Ortsgruppe Bühl des Kreisverbands Bühl/Ortenau der „sozialistischen Jugend Deutschland (SJD)“ unterhält und verwaltet in Bühl das von ihr als „soziales Zentrum“ bezeichnete „CARACOL“.

Erkenntnisse über Aktivitäten linksextremistischer Parteien im Wahlkreis 33 sind nicht bekannt.

2. *Wie wertet sie diese Aktivitäten im rechtsradikalen bzw. linksradikalen Umfeld?*
3. *Liegen ihr Anhaltspunkte dafür vor, dass die Aktivitäten der rechtsradikalen/linksradikalen-Szene im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt) höher sind als im übrigen Land?*

Zu 2. und 3.:

Die rechtsextremistische Szene besteht im Wesentlichen aus zahlreichen regionalen Kleingruppen wie den Kameradschaften, deren Mitgliederzahlen regelmäßig im unteren zweistelligen Bereich liegen und Teilszenen, wie etwa die „Autonomen Nationalisten“, die überregionale bis bundesweite Netzwerke bilden und keine organisierte Struktur aufweisen. Sowohl die „NS Rastatt“ als auch das „karlsruher/netzwerk“ sind Gruppierungen, die der rechtsextremistischen Szene zuzurechnen sind und deren Mitgliederzahlen sich im unteren zweistelligen Bereich bewegen.

Die Eigenbezeichnung „NS“, die für „Nationale Sozialisten“ steht, lässt eine Nähe der „NS Rastatt“ zu den „Autonomen Nationalisten“ erkennen. In jüngerer Vergangenheit ist die Kameradschaft allerdings nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten. Der Internetauftritt der Kameradschaft bestand zuletzt überwiegend aus Kommentaren zu tagespolitischen Themen. Auch das „karlsruher//netzwerk“ ist den „Autonomen Nationalisten“ zuzurechnen und entfaltet zuweilen Aktivitäten in der Region (siehe Ziff. 1).

Mit der Gaststätte „Zum Rössle“ in Rheinmünster-Söllingen stand der rechtsextremistischen Szene zeitweise eine Örtlichkeit zur Verfügung, in der es mit verhältnismäßig geringem Aufwand möglich war, Veranstaltungen mit hoher Planungssicherheit bezüglich der tatsächlichen Durchführbarkeit zu organisieren. Das Vorhandensein einer solchen Veranstaltungslokalität führte, wie auch in ähnlich gelagerten Fällen in der Vergangenheit, zu einem kurzzeitigen starken Anstieg der rechtsextremistischen Skinheadkonzerte im Landkreis Rastatt.

Nach Beendigung der Nutzung der Gaststätte „Zum Rössle“ liegen dem LfV und der Polizei Baden-Württemberg derzeit keine Anhaltspunkte für stärkere Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene im Wahlkreis 33 vor. Es ist davon auszugehen, dass sich die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene weiterhin auf private sogenannte Kameradschaftsabende und die Teilnahme an regionalen und überregionalen Demonstrationen und Veranstaltungen richten werden.

Die Aktivitäten der linksextremistischen Gruppen, die sich überwiegend aus dem studentischen Umfeld rekrutieren, sind bzw. waren direkte Reaktionen auf bestimmte politische bzw. gesellschaftlich relevante Ereignisse wie der NATO-Gipfel oder die in der Gaststätte „Zum Rössle“ stattgefundenen Skinheadkonzerte. Die Entwicklung der Aktivitäten in Rheinmünster-Söllingen stand dabei immer in direktem Zusammenhang mit den Veranstaltungen der rechtsextremen Szene in der Gaststätte. Mit dem Wegfall der Veranstaltungsortlichkeit für die rechtsextreme Szene dürften auch die Aktionen der linksextremistischen Szene entsprechend zurückgehen. Aufgrund der landes- und bundesweit guten Vernetzung wird aber auch künftig insbesondere von einer regen Teilnahme an überregionalen Aktionen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ausgegangen.

Anhaltspunkte für stärkere Aktivitäten der linksextremistischen Szene im Wahlkreis 33 als im übrigen Land liegen dem LfV und der Polizei Baden-Württemberg nicht vor.

Unter polizeilichen Gesichtspunkten spiegeln sich die Aktivitäten der rechts- und linksradikalen Szene u. a. in den polizeilich registrierten Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität -Rechts (PMK-Rechts) und PMK-Links wider. Zur besseren Vergleichbarkeit werden zusätzlich zu den Fallzahlen die Häufigkeitszahlen (Straftaten pro 100.000 Einwohner) im Wahlkreis 33 mit jenen des gesamten Landes Baden-Württemberg verglichen.

Die endgültige Statistik zu den im Jahr 2013 in Baden-Württemberg polizeilich registrierten Straftaten im Phänomenbereich der PMK liegt erst ab Mitte Februar 2014 vor. Daher wird im Folgenden der Zeitraum von 2008 bis 2012 betrachtet.

Für den Bereich der PMK-Rechts ergeben sich hierbei folgende Feststellungen:

PMK-Rechts	2008	2009	2010	2011	2012
Straftaten Wahlkreis 33	16	8	22	15	12
– davon Gewalt	0	0	1	0	2
– Häufigkeitszahl	12,69	6,35	17,48	11,93	9,54
Straftaten landesweit	1.120	1.269	926	1.002	1.112
– davon Gewalt	56	48	40	35	40
– Häufigkeitszahl	11,35	11,81	8,62	9,32	10,31

Abgesehen von den starken Schwankungen in den Jahren 2009 und 2010 liegen die Häufigkeitszahlen des Wahlkreises 33 im Landesvergleich auf ähnlichem Niveau. Eine tendenzielle Zu- oder Abnahme der politisch rechtsmotivierten Straftaten im Bereich des Wahlkreises 33 lässt sich aus den vorliegenden Zahlen nicht ableiten. Die absoluten Fallzahlen der PMK-Rechts-Gewaltdelikte bewegen sich im Wahlkreis 33 auf einem sehr niedrigen Niveau.

Bei Betrachtung der Fallzahlen der PMK-Links ergeben sich folgende Zahlenwerte:

PMK-Links	2008	2009	2010	2011	2012
Straftaten Wahlkreis 33	12	26	13	4	2
– davon Gewalt	2	1	2	1	0
– Häufigkeitszahl	9,51	20,65	10,33	3,18	1,59
Straftaten landesweit	364	940	597	610	449
– davon Gewalt	31	96	82	91	66
– Häufigkeitszahl	3,39	8,74	5,56	5,67	4,16

Im Bereich der PMK-Links kann ab dem Jahr 2009 landesweit aber auch für den Wahlkreis 33 eine tendenzielle Abnahme der Fallzahlen festgestellt werden. Der deutliche Anstieg im Jahr 2009 dürfte auf den am 3. und 4. April 2009 stattgefundenen NATO-Gipfel in Baden-Baden und Kehl zurückzuführen sein. Ferner bewegen sich auch im Bereich der PMK-Links die Gewalttaten auf einem niedrigen Niveau.

Insgesamt erscheinen die im Wahlkreis 33 polizeilich registrierten Fallzahlen im Bereich der PMK-Rechts und -Links nicht signifikant.

4. Wie ist die Situation im Allgemeinen in beiden Szenen zu werten bzw. welche Tendenzen sind auszumachen?

Zu 4.:

Seit vielen Jahren hat die rechtsextremistische Szene in Baden-Württemberg eher Misserfolge und Rückschritte zu verzeichnen. Zwischen dem Jahr 1993 und dem Jahr 2012 ging die Gesamtzahl der Rechtsextremisten in Baden-Württemberg von etwa 7.000 Personen auf rund 1.900 Personen zurück. Die Zahl der baden-württembergischen Neonazis ist im Jahr 2012 erstmals gesunken. Auch die rechtsextremistische Skinheadszene in Baden-Württemberg befindet sich seit den letzten Jahren in einer Krise.

Der personelle Rückgang der rechtsextremistischen Szene zeigt sich auch in der Erfolglosigkeit rechtsextremistischer Parteien bei den baden-württembergischen Landtagswahlen. Sofern die NPD zu den Landtagswahlen antrat, verbuchte sie nach den 1980er-Jahren ausschließlich Wahlergebnisse unterhalb der 1%-Marke.

Neben diesen – aus demokratischer Sicht positiven – Entwicklungen mussten jedoch bis in die jüngste Vergangenheit auch negative Entwicklungen zur Kenntnis genommen werden. Die Zahl der in Baden-Württemberg verübten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten stieg im Jahr 2012 erstmals seit Jahren wieder an. Darüber hinaus erhöhte sich die Anzahl der stattgefundenen rechtsextremistischen Demonstrationen im Jahr 2012 zum zweiten Mal in Folge.

In Baden-Württemberg liegt der Schwerpunkt der gewaltorientierten linksextremistischen Szene bei den Themen „Antifaschismus“, „Antirepression“ und „Antimilitarismus“. In jüngerer Zeit ist zu beobachten, dass in der gesamten gewaltori-

entierten linksextremistischen Szene, auch in Baden-Württemberg, eine gesteigerte Bereitschaft zur Gewaltanwendung festzustellen ist.

5. Welche Maßnahmen werden seitens der Behörden unternommen, um in der rechtsradikalen bzw. linksradikalen Szene im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher Landkreis Rastatt) und Umgebung zu ermitteln bzw. präventiv tätig zu werden?

Zu 5.:

Die Aufklärungsarbeit des LfV im Bereich Rechtsextremismus wurde nach der Aufdeckung der Taten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) intensiviert. Sie richtet sich an staatliche Einrichtungen, zivilgesellschaftliche Akteure sowie an Bürgerinnen und Bürger. Für Informationsveranstaltungen in den verschiedenen Extremismusbereichen stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LfV zur Verfügung.

Das LfV ist seit dem Jahr 2008 Kooperationspartner des Projekts „Team meX – Mit Zivilcourage gegen Extremismus“, einem gemeinsamen Projekt, das von der Landeszentrale für politische Bildung geleitet wird. Ziel des Projekts ist der verbesserte Schutz junger Menschen vor extremistischen Gefahren durch frühzeitige Aufklärung über die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte in unserer Verfassung.

Des Weiteren wirken das LfV und das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA) im „Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ (LAGO) mit, das sich präventiv und intervenierend gegen Rechtsextremismus und andere demokratiefeindliche Bestrebungen wendet. Es findet ein regelmäßiger Austausch zwischen den Netzwerkpartnern statt, die sich zum Großteil aus lokalen Bündnissen und Organisationen zusammensetzen.

Das LKA ist auch eng mit dem baden-württembergischen Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort“ verbunden und wirkte unterstützend bei der Gründung wie auch bei der Ausbildung der kommunalen Berater bei dem bei der Jugendstiftung und dem LAGO angesiedelten und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ mit.

Das Polizeipräsidium Offenburg betreibt intensive Informationssammlung und -auswertung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mit dem Ziel der polizeilichen Erkenntnisgewinnung bzw. -verdichtung. Um rechts- oder linksextremistische Aktivitäten zu unterbinden, werden sämtliche polizeirechtlichen und strafprozessualen Möglichkeiten ausgeschöpft.

Weiterhin wurde im Stadtkreis Baden-Baden und im Landkreis Rastatt durch die Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG Rex) des LKA in Kooperation mit der örtlich zuständigen Kriminalpolizei auf Anfrage der „Aktionsgemeinschaft gegen Neonazis Rheinmünster“ am 27. Juli 2010 ein Informationsabend zum Thema Rechtsextremismus veranstaltet.

Ferner wurde in Baden-Baden im Jahr 2010 bei einer internen Dienstbesprechung von Schulsozialarbeitern ein Vortrag zu Gefahren des Rechtsextremismus und dessen Präventionsmöglichkeiten durch das LKA gehalten.

Ergänzend wird auf die Antwort des Innenministeriums zu der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Beate Böhlen (GRÜNE) und Ernst Kopp (SPD) „Rechtsextremismus in der Region Baden-Baden/Rastatt und Umland“ (Drucksache 15/4134) verwiesen.

Gall

Innenminister